

## Inhalt:

## Seite 1 - 2

Bundesweite Dienstbesprechung  
zum audit berufundfamilie

Seite 1-2

Pilotierung der E-Rechnung

Seite 2

Aktuelles aus der Gesamt-Jugend-  
und Auszubildendenvertretung

Seite 2

Bundesweite Dienstbesprechung zum  
audit berufundfamilie

von links. ORRin Ramus und RRin Dr. von Wrede (beide Auditteam GZD) mit Kerstin Frieser (GPR)

Am 19. und 20. September 2018 fand die bundesweite Dienstbesprechung zur Umsetzung der Ziele des audits berufundfamilie in Hamburg statt. Der Gesamtpersonalrat bei der Generalzolldirektion (GPR) folgte der Einladung des Auditteams GZD und entsendete Kollegin Kerstin Frieser (BDZ) zu dieser Veranstaltung. Die Verantwortlichen des Auditteams GZD Dr. Viola von Wrede und Francesca Ramus führten durch eine interessante und abwechslungsreiche Veranstaltung, die durch einen intensiven Erfahrungsaustausch der Anwesenden bereichert wurde.

Bereits an der Darstellung des aktuellen Sachstands in der Umsetzung der Auditziele wurde deutlich, dass die Generalzolldirektion als Dienststelle bereits weit vorangeschritten ist: Die Teilzeitanträge der Beschäftigten werden im Regelfall antragsgemäß beschieden. Eine flexible Arbeitszeit ohne Kernzeiten ist in den meisten Arbeitsbereichen der GZD möglich und wird gelebt. Der GPR verhandelt derzeit selbst für Dienststellen wie der Operativen Sicherheitsrisikoanalyse der Direktion VIII (ZKA),

die bisher in festem Schichtrhythmus ihren Dienst verrichteten, über eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten. Ebenso wird das mobile Arbeiten mit zunehmender Ausstattung der Standorte mit Notebooks mehr und mehr in Anspruch genommen. Selbst Telearbeit, die in der Vergangenheit häufig nur in begrenztem Maße zugelassen wurde, ist in der Generalzolldirektion spätestens seit der Auditierung in den meisten Arbeitsbereichen ohne weiteres möglich.

Aber gerade am Beispiel der Telearbeit wurde deutlich, dass dieses auf oberster Leitungsebene durchaus gewollte Auditziel in den mittleren und unteren Führungsebenen teilweise auf noch Vorbehalte stößt. Hinzu kommen rechtliche Gegebenheiten, IT-Sicherheitsbestimmungen und papiergebundene Tätigkeiten, die bislang nicht oder nur sehr begrenzt als telearbeitsfähig anerkannt wurden. Genannt seien hier beispielsweise die Bundeskassen oder der Arbeitsbereich der Stammdatenpflege. Mit dem audit berufundfamilie und der zunehmenden Digitalisierung der

Arbeit sind auch die Leitungen dieser Organisationseinheiten gefragt, die Telearbeitsfähigkeit der Tätigkeiten in ihren Einheiten neu zu bewerten.

Auch sehen die Führungskräfte, die der Telearbeit grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber stehen und Telearbeit bisher stets befürwortet haben, zunehmend die Arbeitsfähigkeit ihrer Organisationseinheiten gefährdet. Diese Signale sind ernst zu nehmen. Hier gilt

es Lösungsansätze zu finden, um die bereits bestehenden Arbeitsmodelle weiter zu entwickeln und nicht in Stagnation zu verfallen.

Während der Diskussionen und Workshops wurde klar herausgestellt, dass die verschiedenen Modelle zur Umsetzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keine sozialen Wohltätigkeiten der Verwaltung sind, sondern als Steuerungsinstrumente zur Erfüllung

der dienstlichen Aufgaben verstanden werden müssen. Dabei waren sich aber auch alle Anwesenden einig, dass dies keine Einbahnstraße ist, sondern alle Beschäftigten, und nicht nur die Führungskräfte, gefordert sind. Denn die Beschäftigten tragen mit großer Eigenverantwortung dazu bei, dass die verschiedenen Angebote zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Arbeitsumfeld auch von den Führungskräften als Erfolgsmodell erlebt werden.

## Pilotierung der E-Rechnung

Ab dem 27. November 2019 ist die gesamte Bundesverwaltung gem. E-Government-Gesetz und E-Rechnungs-VO gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen empfangen und elektronisch verarbeiten zu können.

Um die für die GZD als Bundesbehörde geltende rechtliche Verpflichtung, ab 27.11.2019 E-Rechnungen empfangen und verarbeiten zu können, ist die Pilotierung des um die Zusatzkomponente SAP IM (Invoice Management) erweiterten Verfahrens erforderlich. Durch das modifizierte Verfahren ist

es möglich, bei der zentralen Rechnungseingangsplattform eingehende E-Rechnungen anzunehmen und weiterzuverarbeiten.

Das Arbeitsgebiet zentrale Rechnungsabwicklung im Referat DI.B.3 der Generalzolldirektion mit Sitz in Freiburg ist Teil der Zentralen Beschaffungsstelle der Bundesfinanzverwaltung (ZBSt) und wird die Pilotierung begleiten. Dort werden alle zentralen Beschaffungen der Zolldienststellen bezahlt. Jährlich werden ca. 30.000 Rechnungen geprüft und bezahlt sowie Gutschriften und

Zahlungsanfragen wie z.B. Skontoforderungen und Mahnungen bearbeitet.

Der Gesamtpersonalrat bei der Generalzolldirektion (GPR) hat der Pilotierung in seiner 33. Sitzung (11. und 12. September) zugestimmt. Neben der GZD wurden das ITZBund sowie das Deutsche Patent- und Markenamt als Pilotbehörden bestimmt. Die Pilotierung wird voraussichtlich zum 26.11.2018 enden. Der GPR wird währenddessen die Pilotierung begleiten.

## Aktuelles aus der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung

Das Bildungs- und Wissenschaftszentrum (Direktion IX der GZD) bildet am Dienort Münster eigene, durch die GZD selbst eingestellte Nachwuchskräfte im Studiengang Verwaltungsinformatik (VIT) aus. Die GJAV hatte im Rahmen ihrer Sitzung Ende August in Münster die Möglichkeit sich die Ausbildungsbedingungen vor Ort anzusehen und mit den VIT-Studierenden ins Gespräch zu kommen. Im Anschluss konnten zahlreiche wichtige Themen, wie die Unterbringung der Studierenden während der Praxisphasen oder die Organisation des Studiums, mit dem Ausbildungsleiter VIT, Hr. Ernst, erörtert werden. Hr. Ernst und die GJAV kamen überein die vertrauensvolle Zu-

sammenarbeit zu verstärken, gerade im Hinblick auf die ständig steigenden Einstellungszahlen.

Später ergab sich die Gelegenheit für ein gemeinsames Gespräch mit dem Dekan des Fachbereichs Finanzen der Hochschule des Bundes, Hr. Dr. Nolte.

Beide Seiten stellten fest, dass eigene Nachwuchskräfte im Bereich Verwaltungsinformatik für die zukünftige Umsetzung und Akzeptanz von IT-Projekten in der Bundeszolldirektion von unschätzbarem Vorteil sein können und deshalb die bereits hohe Qualität des Studiums weiter gefördert werden muss.

In diesem Zusammenhang wurde von Seiten der GJAV der Wunsch der VIT-Studierenden nach einer noch besseren Verzahnung des Studiums mit der späteren Tätigkeit vorgebracht. Hr. Dr. Nolte erläuterte der GJAV anschließend den derzeitigen Stand des Ausbaus der FaSt (Fachstelle zur Unterstützung schwerbehinderter Menschen i. R. der Einstellung und Ausbildung), sowie generelle Pläne der Direktion IX zur Verbesserung der sozialpsychologischen Betreuung der Nachwuchskräfte an allen Dienorten, die mit der Aus- und Fortbildung für die Bundeszolldirektion befasst sind.